

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherr.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rübensstraße 16 b II.
Telefonnummer: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepalte Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Unser Verband in der 27. Kriegswoche.

Von den 442 Verwaltungsorten des Verbandes haben für die Woche vom 31. Januar bis zum 6. Februar 427 einen Bericht über die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit eingekandt. In diesen 427 Orten waren zu Beginn der Woche 319401 Mitglieder; im Laufe der Woche gingen davon 3557 ab, darunter 1933 zum Militär. Am Schluß der Woche waren 315844 Mitglieder vorhanden. Die Mitglieder in Bromberg, Glogau, Frankfurt a. O., Göttingen, Koburg, Mühlhausen i. Th., Rudolstadt, Zangermünde, Düren, Minden, Münster, Mürdingen, Singen, Zweibrücken, Rindau sind dabei nicht mitgezählt.

Die Zahl der Arbeitslosen belief sich am Schluß der Woche auf 8339; auf je 100 Mitglieder entfallen 2,6 Prozent Arbeitslose.

Die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit in den Bezirken zeigt folgende Tabelle:

Übersicht über die Zeit vom 31. Januar bis 6. Februar 1915.

Bezirk	Bevölkerung	Mitglieder zu Anfang der Woche	Mitglieder am Schluß der Woche	Darunter zum Militär	Darunter arbeitslos	In Prozent	Arbeitslosenunterstützung
1. Bezirk	34	7520	109	38	7411	104	1,4
2. "	23	7066	96	49	6960	119	1,7
3. "	32	9501	133	62	9368	317	3,4
4. "	56	49726	618	354	49108	1023	2,1
5. "	78	37393	537	281	36856	363	1,0
6. "	43	42008	389	168	41619	408	1,0
7. "	36	35572	638	310	34934	203	0,6
8. "	28	15074	342	254	14792	255	1,7
9. "	50	24236	261	135	23977	2278	9,5
10. "	46	26340	434	282	26406	1674	6,3
11. "	1	64478	?	?	64478	1595	2,5
Zus.	427	319401	3557	1933	315844	8339	2,6

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuaufgenommenen.

In einigen Bezirken hat sich die Zahl der Arbeitslosen gegen die Vorwoche um ein geringes erhöht; im übrigen war der Stand der Arbeitslosen der gleiche. Bemerkenswerte Einzelheiten sind nicht zu melden.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Erhebungszeitraum	Bevölkerung	Mitglieder zu Anfang	Mitglieder am Schluß	Darunter zum Militär	Darunter arbeitslos	In Prozent	Arbeitslosenunterstützung
1. August 1914	—	—	—	—	538814	13132	2,5
1. - 4. Nov. 2. 8. bis 29. 8.	422	30	143343	377766	73895	19,5	1237091
5. - 8. " 30. 8. = 26. 9.	384	68	15391	351804	50431	14,3	1625079
9. - 13. " 27. 9. = 31. 10.	433	18	13468	348271	27727	7,9	1198669
14. - 17. " 1. 11. = 28. 11.	433	13	9350	338472	16793	4,9	454173
18. - 22. " 29. 11. = 2. 1. 15	415	30	11091	323565	12753	3,9	235060
23. " 3. 1. = 9. 1. 15	425	20	1885	321959	10844	3,4	46745
24. " 10. 1. = 16. 1. 15	427	18	1768	321101	9980	3,1	42204
25. " 17. 1. = 23. 1. 15	426	18	1721	318675	9837	3,0	30895
26. " 24. 1. = 30. 1. 15	422	20	1763	316822	8318	2,6	33278
27. " 31. 1. = 6. 2. 15	427	15	1933	315844	8339	2,6	27832

Die Zahl der zum Militär eingezogenen Mitglieder hat in der Berichtswoche das zweite Hunderttausend überschritten; es sind nunmehr 201693 Mitglieder unseres Verbandes unter den Feinden.

Die Summe der Arbeitslosenunterstützung von Beginn des Kriegs an bis zum 6. Februar belief sich auf 4991026 M.

Ein Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins

Ist das Ergebnis der in der abgelaufenen Woche zwischen Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller und unseres Verbandes im Beisein eines Vertreters der Feldzeugmeisterei gepflogenen Verhandlungen. Anlaß hierzu hatte der in Nr. 8 der Metallarbeiter-Zeitung besprochene Anschlag der Berliner Metallindustriellen, der eine Verfügung der Feldzeugmeisterei unvollständig mitteilte, gegeben. Was wir über das Zustandekommen der Verfügung der Feldzeugmeisterei zu sagen hatten, haben wir bereits in Nr. 8 gesagt und auch darauf hingewiesen, daß solche Erlasse, weit entfernt ausgleichend zu wirken, nur böses Blut und Arbeitsunlust bei denen erzeugen, die berufen sind, die Heeresanträge in erster Linie zu erledigen. Ziel ließe sich allerdings noch zu dem Erlaß und seiner Anwendung durch die Industriellen sagen, wir verzichten aber, in einer Zeit, die der Erlaß selbst als eine ernste und große Bezeichnung, auf eine ausgiebige Besprechung, begnügen uns vielmehr, die Wirkung der Verfügung und die Möglichkeit ihrer Durchführung hervorzuheben. Das können wir um so mehr, als wir das Urteil darüber, wie weit der Erlaß mit dem „dieser großen Zeit entsprechenden Gerechtigkeitsprinzip“ vereinbar ist und vor allem wie die Metallindustriellen Berlins den ihnen von der Feldzeugmeisterei zugewandten Gerechtigkeitsprinzip betätigt haben, ruhig den Lesern überlassen dürfen.

Der Erlaß behandelt drei verschiedene Gruppen:
1. Die Firmen, die Kriegsaufträge erhalten haben.
2. Etwaige Unterlieferanten.
3. Die Arbeiter.

Die Firmen Groß-Berlins, unter denen wohl die unmittelbaren Lieferanten zu verstehen sind, werden ersucht, Arbeiter zur Verfügung zu stellen, wenn diese mit dem vorgeschriebenen Heeresbedarf versehen sind. Etwaigen Unterlieferanten in Groß-Berlin ist die Befolgung der gleichen Maßnahmen zur Pflicht zu machen, und die Arbeiter dürfen nicht in einem Betrieb mit Kriegsaufträgen beschäftigt werden, wenn der bisherige Unternehmer

nicht damit einverstanden ist. Jedem bringt der Erlaß etwas, je nach seiner Stellung.

Der Arbeiter kommt jedoch am schlechtesten weg. Er wird dem Unternehmer rechtlos ausgeliefert. Etwaige Gründe für seinen Platzwechsel zu beurteilen, ist Sache des bisherigen Unternehmers, der dadurch in einer Person Kläger (gegen den Arbeiter) oder Angeeschuldigter (durch den Arbeiter) und Richter (über den Arbeiter) wird. Glücklicher als der Arbeiter kommt schon der Unterlieferant weg. Es heißt in dem Erlaß:

„Etwaigen Unterlieferanten in Groß-Berlin ist die Befolgung der gleichen Maßnahmen ebenfalls zur Pflicht zu machen. Die Feldzeugmeisterei wird die Erteilung weiterer Aufträge an sie von der gemauerten Befolgung dieses Erlasses abhängig machen.“

Mit anderen Worten: Weigert sich ein Unterlieferant, die Befugte Verpflichtung zu übernehmen, so erhält er keinen Auftrag. Daß ein erster Lieferant (im Erlaß eine Firma) sich weigert, erscheint der Feldzeugmeisterei ausgeschlossen, darum läßt sie es hier nur bei dem Erhalten bewenden. Davon, daß auch hier die Feldzeugmeisterei die Erteilung von Aufträgen von der Befolgung des Erlasses an die Firmen abhängig machen will, enthält die Verfügung nichts. Ober sollten in den letztgenannten Absatz der Verfügung die Worte „an sie“, die sich nach dem Vorhergegangenen nur auf die Unterlieferanten beziehen können, versehenlich hinzugefügt sein?

Wie wird nun die Sache durchgeführt oder wie kann sie durchgeführt werden? — Die Lieferanten (in der Verfügung die Firmen) haben alle Entscheidungen in der Hand. Ein Arbeiter, der sich einen Abzug, eine rechtswidrige Behandlung oder sonst eine Zumutung nicht gefallen läßt und aufhört, erhält keinen Schein. Eine Nachprüfung der Gründe bleibt dem Erntessen der Firma überlassen. Nicht viel anders ergeht es dem Unterlieferanten; auch er ist dem Lieferanten rechtlos preisgegeben, selbst wenn er die besten Gründe für sich hat. Er braucht noch nicht einmal gesehen zu haben; ist er nur verdächtig oder durch Geschäftsneid beschuldigt, so bleibt der Auftrag aus. Allerdings kann er sich an die Feldzeugmeisterei wenden, wird dort möglicherweise seine Widersacher kennen lernen und kann dann die Haftlosigkeit der Beschuldigungen nachweisen. Ob er dadurch die ihm entzogenen Aufträge wieder bekommt, ob er später berufslos wird, ist eine andere Frage. Immerhin kann er sein Recht auf die eine oder andere Weise vertreten. Anders ist es beim Arbeiter. Gewiß kann auch er sich beschweren. Solange solche Beschwerden vereinzelt kommen, werden sie auch geprüft werden können. Da sie aber stets zahlreicher als die der Unterlieferanten kommen werden, erscheint eine Prüfung in kurzer Zeit ausgeschlossen, der Arbeiter bleibt also arbeitslos. Mit der „Gerechtheit in dieser großen Zeit“ ist es dann nichts. Nur diese einfache Betrachtung hätte einen solchen Erlaß unmöglich erscheinen lassen sollen. Was nützte dem Arbeiter beim Stande der Dinge eine Klage beim Gewerbegericht? Keiner gar nichts! Der Unternehmer, der ihn geschädigt, braucht ja keine Gründe dafür anzugeben. Es genügt, daß er mit der Aufgabe der Stellung durch den Arbeiter nicht einverstanden ist und das vor Gericht befehndet. So sagt es der Erlaß, der den „Firmen“, also den ersten Lieferanten, an Vertrauen alles, den Arbeitern an Mißtrauen nicht weniger entgegenbringt.

Daß die Industriellen eine solche Sachlage für sich auszunutzen, ist selbstverständlich. Unbestimmt um die von ihnen unterschlagene Voraussetzung der Feldzeugmeisterei von ihrem „dieser großen Zeit entsprechenden Gerechtigkeitsprinzip“ enthielten sie Arbeitern die vorgeschriebenen Ausweise vor. Ihren Zweck erreichten sie damit nicht. Einen Teil der Arbeitslosen erhielten sie nicht wieder, die noch in Arbeit Stehenden machten sie mißmutig und brachten sie auf. Anstatt die Industrie leistungsfähiger zu machen, trat das Gegenteil ein. Und so kam es, daß man den Weg, den man schon öfter in solchen Tagen gegangen war, beschritt. Man suchte sich, fand sich zusammen und verständigte sich auf mittlerer Linie. Wäre „dieser großen Zeit“ und „dem ihr entsprechenden Gerechtigkeitsprinzip“ nicht besser Rechnung getragen worden, wenn man diesen Weg vorher gefunden und nicht erst die Aufregung in die Arbeiterschaft getragen hätte? Doch sei dem, wie ihm wolle. Der Stein kam ins Rollen, weil er mußte. Unsere Ortsverwaltung in Berlin hatte sich an die Feldzeugmeisterei beschwerdeführend gewandt und bereits eine Aussprache mit den in Betracht kommenden Stellen gehabt, als auch von dem Verband der Berliner Metallindustriellen eine Aussprache über die Folgen ihres Anschlages angeregt wurde. Diese Aussprache war zunächst unverbindlich, ihr folgten Verhandlungen durch je vier Vertreter des Verbandes der Berliner Metallindustriellen und unseres Verbandes im Beisein eines Vertreters der Feldzeugmeisterei. Das Ergebnis war folgende Vereinbarung:

Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Von der Feldzeugmeisterei ist unter dem 11. Januar dieses Jahres ein Rundschreiben an die mit Kriegsarbeit beschäftigten Firmen gerichtet worden.

Die darin vorgeschriebenen Maßnahmen haben zu Schwierigkeiten geführt, zu deren Beseitigung heute zwischen Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller einerseits und Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, gleichzeitig namens des

- Gewerereichs der Majoren- und Metallarbeiter S.-D.,
- Christlichen Metallarbeiter-Verbandes,
- Deutschen Holzarbeiter-Verbandes,
- Feldarbeiter-Verbandes,
- Transportarbeiter-Verbandes,
- Verbandes der Maler und Lackierer,
- Verbandes der Kupferhämmer und des
- Verbandes der Maschinisten und Feiler

andererseits im Beisein eines Vertreters der Feldzeugmeisterei folgendes vereinbart wurde:

1. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses erhält der Arbeiter neben dem Abgangsgeld einen besonderen Schein, auf Grund dessen er ein neues Arbeitsverhältnis eingehen kann. Arbeiter, die von dem in Verzeichnis der Feldzeugmeisterei aufgeführten Firmen kommen, dürfen nur eingestellt werden, wenn sie diesen Schein vorweisen.
2. Der Schein muß dem Arbeiter beim Abgang sofort ausgestellt werden, falls die Entlassung durch die Firma erfolgt. Bei Ver-

weigerung des Scheins in diesem Falle ist die Firma schadenhaftpflichtig.

3. Erfolgt die Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter mit Zustimmung des Arbeitgebers, so ist dem Arbeiter ebenfalls der Schein sofort bei Lösung des Arbeitsverhältnisses auszuhändigen.

4. Beabsichtigt der Arbeiter, das Arbeitsverhältnis zu lösen, und ist der Arbeitgeber damit nicht einverstanden, so kann er die Ausstellung des Scheins verweigern.

5. Zur Schlichtung aller durch Verweigerung des Scheins entstehenden Streitigkeiten, insbesondere Lohn Differenzen, wird unter dem Namen „Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins“ ein Ausschuß gebildet, der aus je drei Arbeitgeber- und drei Arbeitnehmervertretern besteht. Die Arbeitgebervertreter werden von dem Verband Berliner Metallindustrieller, die Arbeitnehmervertreter von dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bestellt. Die Feldzeugmeisterei hat sich bereit erklärt, bei den Sitzungen sich vertreten zu lassen.

6. Der Ausschuß tritt nur dann in Tätigkeit, wenn es notwendig ist, die Streitigkeiten innerhalb des Betriebs beizulegen.

7. Der Ausschuß ist berechtigt, seinerseits Scheine auszustellen. Bis zur Entscheidung durch den Ausschuß, der bei vorliegenden Streitigkeiten mindestens wöchentlich einmal tagt, ist der Arbeiter nicht beauftragt, die Arbeit zu verlassen, wenn er auf die Ausstellung eines Scheins durch den Ausschuß rechnet.

8. Jeder Arbeiter kann zur Verhandlung vor dem Ausschuß einen Vertrauensmann hinzuziehen.

9. Auf Arbeiterinnen finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Scheine werden für diese weder ausgestellt noch beim Eintritt verlangt.

Berlin, den 19. Februar 1915.

Daß dadurch die Verfügung der Feldzeugmeisterei nicht reiflos beseitigt wird, wird man vielfach bedauern, erwarten konnte man es kaum, nachdem sie sich so in der Öffentlichkeit festgelegt hatte. Immerhin bedeutet die Vereinbarung einen großen Fortschritt, weil sie den Arbeitern eine schneller arbeitende Beschwerdestelle gibt, als nach Lage der Sache die Kriegsanträge vergebenden Amt sein können. Daß man im Unternehmerrlager dieser Enttöndung der Dinge Geschmach abgewinnt, glauben wir kaum, dagegen sind wir überzeugt, daß viele Unternehmer es gern sehen würden, wenn der Kriegsausschuß wegen Arbeitsunfähigkeit bald wieder verschwindet. Das zu verhüten ist Pflicht unserer Mitglieder sowie der organisierten Arbeiterschaft überhaupt. Von der Überzeugung ausgehend, daß in der jetzigen ersten Zeit auch sie ihren Teil dazu beitragen, in dem uns aufgezwungenen Kampf gut zu bestehen, muß sich jeder die Förderung der dazu notwendigen Arbeit angelegen sein lassen und, da ihnen jetzt eine Stelle zur Austragung und Klärung von Streitpunkten gegeben ist, jede eigenmächtige Entscheidung nicht nur selbst vermeiden, sondern die gefährliche Rücksticht auf die Allgemeinheit nehmen. Von diesem Gedanken lassen sich die Ortsverwaltung unseres Verbandes und die der übrigen Verbände leiten, als sie den getroffenen Vereinbarungen zustimmen. Wenn sich die Mitglieder und alle, die es angeht, die Aufrechterhaltung der Vereinbarungen angelegen sein lassen, werden später auch die Forderung eines Zusammenarbeitens mit den Gewerkschaften verflummen müssen.

Die Ortsverwaltung unserer Berliner Verwaltungsstelle gibt den Mitgliedern noch folgendes bekannt:

Zur Erledigung etwaiger Beschwerden, die im Rahmen der oben angeführten Vereinbarung liegen, ist bestimmt worden, daß Beschwerdeführer sich entweder an das Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin, Simeonsstr. 83-85 oder an das Bureau des Verbandes Berliner Metallindustrieller, Berlin, Rübenshausenerstraße 15-16 wenden.

Im Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes werden Beschwerden im Zimmer 14 entgegengenommen.

Da weder Arbeitgeberorganisation noch Arbeitnehmerorganisation auf diesem Gebiet praktische Erfahrung haben, ist das Ganze ein Versuch, dessen Gelingen zum großen Teil vom beiderseitigen guten Willen abhängt.

Am guten Willen unsererseits darf es nicht fehlen. Es ist deshalb Pflicht unserer Kollegen, entsprechend den getroffenen Vereinbarungen zu verfahren, dazu gehört vor allen Dingen, daß unsere Kollegen unter keinen Umständen die Arbeit früher aufgeben, als bis der Ausschuß gesprochen hat.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die auf Grund des Schreibens der Feldzeugmeisterei vom 11. Januar 1915 bis einschließlich 15. Februar dieses Jahres bei Lösung des Arbeitsverhältnisses keinen Schein erhalten haben und heute des Scheins noch bedürfen, um Arbeit zu bekommen, werden ersucht, sich umgehend zu melden. Demselben wird ohne weiteres ein Schein ausgestellt.

Alle nach dem 15. Februar 1915 eingetragenen Beschwerdefälle werden auf Grund obiger Vereinbarung erledigt.

F. A.: Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.

Berufslehre.

Die Hunderttausende junger Proletarier und Proletarierinnen, die in einigen Wochen die Volksschule verlassen, müssen unter jetzigen Verhältnissen, wie sie noch nicht da waren und hoffentlich auch nicht wiederkehren werden, den ersten Schritt ins erwachsene Leben hin auswagen. Damit soll nicht gesagt sein, daß sie nicht schon Schulergebnisse kennen, und zwar gründlich. Das Arbeiterheim bildet für die Jugend in den meisten Fällen eine rauhe Schule des Lebens und naturnahlich dann, wenn etwa die Kinder womöglich schon vom zartesten Alter an bei gewerblicher Heimarbeit der Eltern oder nur der Mutter fleißig mitarbeiten oder auch außerhalb der elterlichen Wohnung in fremden Diensten arbeiten und mit ihrem kleinen Lohn zu den Haushaltungskosten der Familie beitragen müssen. Ein großer Teil der Proletarierjugend muß so die ihm neben dem Schulbesuch verbleibende freie Zeit für Erwerbstätigkeit verwenden, statt sie zum Genußsummen in freier Zeit, zur Förderung der körperlichen und geistigen

Entwicklung, der Stärkung der Gesundheit und zum bescheidenen Genuss der frohen, lebenslustigen und sorglosen Kindheitsjahre zu benutzen.

Unter solchen Umständen bieten aber gerade die Schulstunden Abwechslung und Erholung und mit menschenfreundlichen, gemütvollen und humanen Lehrern, die mit geistigen Fähigkeiten und nicht mit Prügelein unterrichten, erdärmende und erfreuende Sonnenstrahlen im Alltagsleben des entbehrlichen Proletariatskinds.

Mit dem Verlassen der Volksschule gehen dem jungen Proletarier auch diese schönen, abwechslungsreichen und erhebenden Stunden verloren. Er kommt in eine Werkstatt oder Fabrik oder in irgend einen andern Betrieb als Lehrling oder Handlanger, Ausläufer zc., wo er den ganzen Tag vom Morgen bis zum Abend mit Arbeit, mit ungewohnter und manchmal auch recht schwerer, überanstrengender Arbeit, verbringen muß, nicht unterbrochen durch Stunden in der Schule und in der elterlichen Wohnung. Ist auch die Umgebung recht fremdartig, viele und gefährliche Maschinen, Sägen, Böden, Kreislagen, Erschütterern, schlechte Luft, dunkler Raum, hart und harte Menschen zc., dann wirkt der Wechsel auf den jungen Menschen auch erschütternd und der Ernst des Lebens tritt mit voller Wucht an ihn heran. Es ist ein schwerer Anfang, ein rauhes Uebergangsstadium bis zur Gewöhnung an die neuen Verhältnisse.

So war es jedoch seit langer Zeit schon, man hat es da keineswegs mit neuen Erscheinungen an sich zu tun; neu und drückend sind sie nur für den jungen Proletarier, der in einen solchen Betrieb hineingerät. Die besonderen schmerzlichen Verhältnisse, die wir einleitend andeuteten, sind anderer Art. Wir meinen die durch den Krieg bewirkte Störung und Verschiebung des ganzen Wirtschaftslebens, die erschütternde Verschlechterung der Lebensverhältnisse so vieler Arbeiterfamilien infolge des Militär- und Kriegsdienstes, der Verkrüppelung oder des Todes, der Arbeits- und Verdienstslosigkeit, der ungenügenden Beschäftigung und des unzulänglichen Verdienstes, des Ernährers, die durch die herrschende Teuerung noch verschärft wird. Wie viele gute Pläne der Eltern mit ihren Kindern sind zerstört und für immer begraben! Das ganze Wirtschaftsleben hat eine einseitige Richtung annehmen müssen, seine veränderte Gestalt ist auf die Forderung der Sicherheit des Landes, auf die Erfordernisse des Krieges eingerichtet. Viele Gewerbebetriebe sind aufgegeben oder fast eingeschränkt worden, die friedlichste und kulturförderndste Tätigkeit ist in eine solche für den Krieg umgewandelt worden. Die Gelegenheit zur Erlernung gewerblicher Berufe hat eine Verminderung erfahren und soweit sie noch besteht, mag sie zum Teil auch wegen der Einseitigkeit der Arbeit an innerem Wert für den jungen Mann verloren haben. Das Letztere dürfte auch für manche gewerbliche Fachschulen und Lehrwerkstätten gelten.

Noch schlimmer steht es aber wohl mit dem wirtschaftlichen Können vieler Arbeiterfamilien, aus denen die gelerntten Berufsarbeiter hervorgehen. Woher soll eine arme Witwe oder auch ein verkrüppelter, auf ein kleines und unzulängliches Einkommen beschränkter proletarischer Familienvater die Mittel nehmen, um einen oder gar mehrere Söhne eine drei- bis vierjährige Berufslehre durchmachen lassen zu können? Wird da nicht von anderer Seite Unterstützung gewährt und so die Berufslehre ermöglicht, so wächst in dem jungen Beschäftigten, lernfertigen und strebsamen jungen Proletarier ein ungelerner Arbeiter heran, der mit seinem Lose sehr unglücklich ist und der dem nationalen Wirtschaftsleben als eine wertvolle tüchtige Kraft verloren geht. Der junge Mann muß, statt einen Beruf zu erlernen, um den hohen Lohn eines ungelerten jugendlichen Arbeiters in irgend einem Betrieb schmarren und mit zu den Haushaltskosten der elterlichen Familie beitragen, da diese außerstande ist, umgekehrt für ihn zur mehrjährigen Erlernung eines Berufes ein Opfer zu bringen.

Gewiß, die Industrie mit ihrer weitgedehnten Arbeitsteilung und den vielen selbsttätigen Arbeitsmaschinen kann viele ungelernete menschliche Arbeitskräfte beschäftigen. Diese sollen indes auch billige und willige Arbeitskräfte sein, und soweit wie es möglich ist, werden jugendliche und Arbeiterinnen als solche eingestellt. Ist die Arbeit, die diese Arbeiter treiben, wichtig und notwendig, so soll sie aber ebenfalls so ansehnlich entlohnt werden, daß sie ein richtiges Auskommen bietet. Und was wird aus dem ungelerten erwachsenen Arbeiter, dem man doch nicht den kleinen Lohn des ungelerten jugendlichen Arbeiters geben kann? Er wird vielleicht ein ungelerner Arbeiter, ein gewandter Zeilarbeiter, der als solcher in dem gleichen Betriebe auch einen besseren Lohn haben mag. Was wird aber aus ihm, wenn er diesen Betrieb aus irgend einem Grunde verläßt und nicht wieder in einem andern Betriebe Beschäftigung auf seine angelernte Zeilarbeit findet? Dann vernebelt er das auf dem Arbeitsmarkte immer vorhandene Massenangebot der ungelerten Arbeiter als Handlanger und Tagelöhner, die mit der größten Ungehörlichkeit des Daseins, die sie nicht selten zu bloßen Gelegenheitsarbeitern herabdrückt, die niedrigen Löhne für die unangenehmen und ihmäheren Arbeiten verdienen. Es ist daher schon vom „Krisenstand“ der liegebleibenden und schlechthinstgestellten Proletarier und vom „Pumpenproletariat“ geredet worden, letzteres sowohl in wirtschaftlichen als auch in moralischem Sinne gemeint. Da jede Arbeit ihres Lohnes wert ist und die Mittel zum Leben bieten soll, wird es nur einer zweckmäßigen Organisation der Arbeit bedürfen, um mit solchen tüchtigen Beschäftigten auszukommen. Dann allerdings wird die Möglichkeit, die industrielle Vornehmung ohne gelernte Berufsarbeiter zu betreiben, keine soziale und wirtschaftliche Herabdrückung des Proletariats bedeuten, sondern im Gegenteil eine kulturelle Fortschritt, die völlige Beherrschung der Naturkräfte durch den gegenwärtigen hochentwickelten menschlichen Geist, die Befreiung von der Plage der anstrengenden körperlichen Arbeit, die Verwirklichung von Selbstbestimmung, von Kunst und Wissenschaft zum Gemeinwohl aller.

Heute noch sollte die Forderung gelten und erfüllt werden, daß alle die Menschen, die aus irgend einem Grunde keine wirtschaftliche Bildung erhalten, einen gewerblichen Beruf erlernen und ihnen dafür die Möglichkeit durch die Gewerkschaften und den Staat geschaffen werden soll. Der wirtschaftliche Berufsarbeiter kann dann nachher eine Zeilarbeit verrichten, aber er vermag infolge seines beruflichen Könnens verschiedene Zeilarbeiten zu verrichten; er ist nicht an die bestimmte Arbeitsstelle eines bestimmten Betriebes gebunden, er ist unabhängiger, freier, hat mehr Selbständigkeit und Selbstbestimmung und er verleiht auch der einzelnsten Zeilarbeit einen höheren Wert, die infolge dessen besser, auskömmlicher, bezahlt werden mag.

Die deutsche Industrie ist groß, leistungs- und weitverbreitet, sie hat ein ungeheures Potential, sie hat die Möglichkeit, die in ungenutztem Maße erschöpfte, die Wirtschaft in den Dingen der Vornehmung zu stellen und ungeheuer in jeder glücklicher Hinsicht auch überflüssig die Wirtschaft auszuweiten und zu fördern. Sie wird nicht mehr über die Ermüdung der deutschen Industrie gebieten sein, wenn sie loszersterte herabgeworfene Arbeiter beschäftigt hätte!

Der Krieg hat den friedlichen Gesang der deutschen Industrie ins Stillschweigen und die launigen Friedenszeiten sind ihre Zeitarbeit, neue Fortschritt und neuen Aufschwung herbeizuführen. Der durch den Krieg entfaltete gegenseitige wirtschaftliche Austausch wird auch lange Jahre hinaus die früheren launigen Beziehungen nicht wieder herstellen lassen. Dieser Übergang ist jedoch für die kriegsgeschundenen Länder und nicht

nur für Deutschland. Da gilt es, während des mehrjährigen Niederdarlegens des Welthandels alle Bedingungen für die höchsten Entwicklung der Industrie zu schaffen, und das wichtigste Mittel dazu ist die Förderung der gewerblichen Berufsbildung. Der Krieg entzieht der Industrie Hunderttausende der tüchtigsten und gelerntten Arbeitskräfte, die eine starke Schwächung für sie bedeuten. Diese Miesenverluste gilt es zu ersetzen und darüber hinaus die tüchtigsten Arbeitskräfte zu vermehren, die gesamte deutsche Arbeit zu heben und leistungsfähiger zu machen, um dann bei Wiedereintritt günstiger Verhältnisse mit erhöhten neuen Ausichten den ganzen Weltmarkt zu beziehen.

Gemeinde, Staat, Reich und sonstige Körperschaften, Stiftungen zc. sollten zusammenwirken, um im kommenden Frühjahr der schulenklassigen Arbeiterjugend ohne Unterschied des Geschlechts die Erlangung einer tüchtigen Berufsbildung durch Gewährung der nötigen Unterstützung an die jungen Leute und deren Eltern zu ermöglichen. Das wäre Kulturarbeit, friedlicher Wettkampf und Vorbereitung künftiger Siege auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete im besten Sinne des Wortes!

Der Krieg, die Internationale und wir.

Erweiterung.

Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse hat sich mit den beiden, in den Nummern 1 und 2 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Aufsätzen: Der Krieg, die Internationale und wir, oder eigentlich mit dem letzten Teil des zweiten Artikels reichlich befaßt. Eine Anzahl Blätter haben ihren Betrachtungen Überschriften gegeben, wie „Ehrliches Bekenntnis“, „Sozialdemokratisches Schulbekenntnis“, „Ein Bekenntnis“, die zwar recht ergötzlich klingen, aber schlecht stimmen. Freilich, ehrlicherweise hätten sie zu solchen Überschriften und auch zu den entsprechend gehaltenen Nachschriften nicht kommen können, wenn sie sich an den ungekürzten Inhalt der Aufsätze gehalten hätten, nur an das, was ich tatsächlich geschrieben habe. Allein, das ist eben nicht geschehen. Selbst aus dem viel angegriffenen Schlupsteil des zweiten Aufsatzes sind sehr wesentliche Stellen ohne jede Umdeutung weggelassen, und nach dem so verunstalteten Inhalt sind dann Überschriften wie Nachschrift geformt worden. Zum Beispiel heißt es in der Urschrift:

... Denn kaum in einem andern Lande der Welt ist in den letzten paar Jahrzehnten der wirtschaftliche, soziale und geistige Fortschritt des arbeitenden Volkes so groß gewesen; nirgends ist der bessere, kulturverherrlichende Einfluß der organisierten Arbeiterklasse in Staat, Land und Gemeinde derart gestiegen, in Fabrik, Straße, Familie, Volksfürsorge, Schriftwesen so allgemein zu spüren, wie in Deutschland.

Dies und noch viel ähnliches zu sagen hätten wir über unsere Kritik nicht unterlassen dürfen, und wir hätten es der Welt mit aller Deutlichkeit verbinden müssen. Aber ebenso deutlich, nein noch viel deutlicher, hätte beigefügt werden müssen, daß diese Verbesserungen, Fortschritte, Erfolge einzig und allein der rastlosen Tätigkeit unserer Gewerkschaften und der Partei, kurz der organisierten Arbeiterklasse zu verdanken sind.

Das ist nicht geschehen. Die Beschämtheit hieß uns schweigen...

Die hier durch den Druck hervorgehobenen Stellen, die vorschriftswie in der Urschrift fast durchgängig durch Sperrdruck hervorgehoben wurden, haben viele Blätter glattweg gestrichen, wodurch, wie leicht ersichtlich, der Sinn entstellt wird. Wenn bürgerliche Blätter solche Zitatenschiebung verüben, so hält man sich dabei weiter nicht auf, denn der Zweck heiligt bei ihnen eben die Mittel. Leider steht hier die bürgerliche Seite nicht allein; das gleiche Verfahren ist auch bei parteigenösslichen Blättern — allerdings, soweit ich zu sehen vermag, nur bei zweien oder dreien — zu finden.

Die Essener Arbeiterzeitung, wie aus ihrer Nr. 25 zu ersehen ist, und auch die Bergische Arbeiterstimme in Solingen machen sich gleichfalls der oben dargelegten Zitatenschiebung schuldig. Und dem so unredigierten, fälschlichen Inhalt fügt dann die Bergische Arbeiterstimme aus eigenem hinzu:

Es ist der bürgerlichen Presse gewiß nicht zu verdenken, wenn sie sich diesen fetten Happen gut munden läßt, den ihr Genosse Friz Nummer so unverblümt im Rollbewußtsein gewerkschaftlicher Verantwortlichkeit gereicht hat. Sie irrt sich aber, wenn sie meint, daß Nummer viel Zustimmung in den Kreisen organisierter Arbeiter finden wird. Wenn er nach mancherlei Irrfahrten das Bedürfnis hat, Selbstwehler zu werden, andere haben es nicht.

Von gleicher Abneigung zeugt die Nachschrift, die die Essener Arbeiterzeitung anschließend an die ihrer Solinger Kollegin bringt:

So wird schon klammern. Wir haben auch die Auffassung, daß der mit tausend Waffen hinausgeschlepte Jüngling mit greisenhafter Weltmüdigkeit zurückgekehrt ist, nachdem sein ausgeworfener Kater nirgendwo im Auslande Grund gefaßt hat.

Der (geißigen) Jüngling in der Essener Arbeiterzeitung, der jetzt nichts Besseres als solchen Unmut zu schreiben weiß, kann nur angezogen werden, um endlich auch einmal hinauszuwerfen, und wenn es ihm gelänge, was sehr zu wünschen ist, daß irgendwo im Auslande sein Kater Grund faßt, so sei, daß er nie wieder loszubringen wäre, die Partei im allgemeinen wie die Essener Genossen im besonderen würden wahrlich nicht die Verlustträger sein.

Abgesehen von diesen paar Ausnahmen haben Partei- und Gewerkschaftsblätter das Ganze meiner Darlegungen sachlich gewürdigt und mir ganz oder zum Teil zugestimmt. Der Proletarier, das Wochenblatt des Fabrikarbeiterverbandes, widmet aber (in Nr. 6) meinen Darlegungen einen dreizehnhalbe Spalte langen Aufsatz, der die Überschrift: „Voreilige Vuffertigkeit“ trägt. Man könnte fast meinen, die Überschrift und die eingetragenen Bezeichnungen „Schwächlinge“, „Rebellen“, „Indemne Sauflüß“ seien auf mich gemacht, wenigstens deutet das die folgende Stelle zart an:

Debi (es was das Ausland Intellekt überlegen ist) kommt er (Fr. 9) zu dem Ergebnis: In Kultur und volklicher Freiheit kann sich Deutschland getrost neben alle Industrieländer der Welt stellen. Gegen diese Auffassung ist gar nichts einzuwenden. Dagegen trägt nicht einmal die Tatsache, daß Genosse Nummer vor nicht allzulanger Zeit anderer Meinung gewesen ist.

Als der Proletarier mit dem letzten Satz meint, ist mir nicht recht klar; vielleicht ist er so freundlich zu sagen, wo ich vor nicht allzulanger Zeit anderer Meinung gewesen bin. Im übrigen bezieht sich der Proletarier, sachlich zu sein. Auf den letzten Artikel eines kleinen Jubels hier noch weiter eingegangen, verbielt der Mangel an Platz. Dem langen Name glaube ich besser für einige allgemeine Bemerkungen vorzuziehen zu können.

In den hier in Frage stehenden Darlegungen in den Nummern 1 und 2 verfaßte ich die Aufsätze der Vornehmung, der Abneigung, des Hasses dargelegt, der sich mit Kriegsausbruch bei den Arbeiter- und Gewerkschaftsgenossen gegen uns offenbart hat. Selbstverständliche Bedenke das nur die Verzerrung einer sehr klaren Seite der großen, vielgestaltigen Frage: Warum die

* Solange Nummer irrt. Die Bergische Arbeiterstimme hat sich feiner wegen nicht in gleiche Unwissenheit gefügt. Wohl aber sind fe einige Zahlen der Essener Arbeiterzeitung so falsch, daß sie sich nicht, wie er den eigenen Aufsatz in Lösung.

Deutschen im Ausland so unbeliebt sind, eine Frage, die ich gelegentlich noch zu erörtern gedenke. Daß ich in solchen Dingen mit Widerspruch rechnen mußte und muß, liegt in der Natur der Sache. Allein, nach den Äußerungen von Parteiblättern und Genossen zu urteilen, habe ich viel mehr Zustimmung gefunden, als ich füglich erwarten konnte; aber selbst wenn sie weniger allgemein gewesen wäre, wenn die Genossen nach sachlicher Prüfung der Dinge zu anderen Schlüssen wie ich gekommen wären, so könnte mich das weder umstimmen, noch ließ es mich wundernehmen, weil ich eben über die Zustände der proletarischen Welt des Auslandes begrifflicher Weise eine andere Meinung habe als die, die ihre Kenntnisse des Auslandes aus Büchern und Zeitungen schöpfen oder durch gelegentliche Reisen zu Kongressen erwerben.

Die in den beiden Aufsätzen, besonders die im zweiten wieder gegebene Meinung ist nichts als das Ergebnis einer vielfältigen Erfahrung, nichts als das, was ich die vielen Jahre hindurch in zahlreichen Artikeln dargelegt habe. Es hat darum keinen Sinn, von „Kriegsbekehrten“, „Voreiliger Vuffertigkeit“ und dergleichen zu reden. Um zu dieser meiner Meinung zu kommen, bedurfte es wahrlich nicht erst des Krieges; wohl aber hat er sie noch verstärkt, mehr als ich erwartet habe. Friz Nummer.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 28. Februar der 10. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Februar bis 6. März 1915 fällig ist.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Beschluß des Vorstandes und Antrag der Verwaltungsstelle in Augsburg:
Der Former Georg Sturm, geb. am 18. Mai 1861 in Augsburg, Buch-Nr. 32285 (Schweizer Metallarb.-Verband), wegen Markenmanipulationen.

Wieder aufgenommen wird:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Wolgast:
Der Former Robert Niemann, geb. 26. Jan. 1896 zu Greifswald. (Nr. 18, 1914. Hagen.)

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“, Stuttgart, Röntgenstraße 16a“, zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röntgenstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Berichte.

Metallarbeiter.

Brandenburg a. S. Welche Blüten die Gewinnsucht zeitigt, das hat man wohl niemals besser beobachten können, als in diesen sechs Kriegsmoenten. Kaum war die Kriegserklärung bekannt, wurden hier viele Arbeiter auf die Straße gesetzt, wenn sie auch 25 Jahre und darüber oder nur kurze Zeit in einem Betriebe gearbeitet hatten. Nicht lange dauerte diese Arbeitslosigkeit, die hiesigen Fabriken erhielten Staatsaufträge und viele unserer Kollegen wurden zum Heere eingezogen. Von unseren rund 3600 Mitgliedern steht ungefähr der dritte Teil im Felde. Andere, die nicht an die Scholle gefesselt sind, fanden anderswo lohnende Arbeit. Statt der Arbeit wurden allerdings die Arbeiter knapp, ganz besonders Schloffer, Dreher, Former, Schmiede, überhaupt gelernte Leute. Zuschritten aus anderen Städten, in denen solche Berufsarbeiter gesucht wurden, liefen fast täglich ein, auch jetzt noch sind sie zahlreich. In diesen Zuschritten werden Verdienste versprochen, die weit über den hiesigen Höchstverdienst hinausgehen. Es ist erklärlich, daß die Arbeiter der Brandenburgs, genau so wie die Fabrikanten, die Gelegenheit wahrnehmen. Sonderbar muete es einem nun an, wenn in der Deutschen Arbeiter-Zeitung einem Geschäftsführer der Vorwurf gemacht wird, daß er die Arbeiterklasse über die jetzige Sachlage aufkläre, obwohl die Schriftleitung des Blattes, wenn auch etwas verächtlich, selbst zugibt, daß es Fabrikanten und Händler gibt, die die Kunst des Augenblinks auszunutzen wissen. Also, was den Fabrikanten gestattet ist, das soll den Arbeitern als ein Verbrechen angerechnet werden. Dem Weiter genannter Zeitung scheint es unbekannt zu sein, daß die Lebens- und sonstigen Bedarfsmittel in den letzten Monaten des Krieges ungeheuer im Preise gestiegen sind. — Seit Staatsaufträgen wurde hier in erster Linie die Firma Gebr. Reichstein (Brennabor-Werke) beauftragt. Um aus den Drehern herauszuschlagen, was herauszuschlagen ist, führte die Firma eine Antreiber ein. In jeder Hand ist eine Tafel angebracht, in der Werkstatt hing eine große Glocke. Sobald eine Stunde verstrichen war, erklang die Glocke, das war das Zeichen für die Dreher, auf ihrer Tafel die Zahl der angestrichelten Gegenstände oder Arbeitsvorgänge aufzuschreiben. Außer dem Meister laufen viele Vorarbeiter umher, die die aufgeschriebene Arbeit bemerken und selbstverständlich sich wundern, daß nicht noch mehr geliefert wird. In Afford wurde nicht gearbeitet, die Dreher erhielten einen Stundenlohn von 62 S. Nach einigen Wochen war man zu der Ueberzeugung gekommen, daß es gewinnbringender sei, die Arbeiter in Afford zu verheben. Nachdem die Arbeiter einen Höchstverdienst von 95 S. die Stunde erreichten, der eher zu niedrig als zu hoch für die geleistete Arbeit und bei den jetzigen Teuerungsbewhältnissen ist, scheint den Fabrikanten der Verdienst nicht zu behagen. Die Affordpreise zu drücken ist zu gefährlich, es könnte leicht geschehen, daß die Bänke ohne Verbindung wären. Um das zu vermeiden, wendet die Firma Gebr. Reichstein Zunderrot und Peitsche an. Ein Anschlag am schwarzen Brett in der Dreherei gibt den Arbeitern bekannt: Die Entschuldigungen seien so, daß bei einigermaßen Aufmerksamkeit des Arbeiters der Ausstoß beim Schruppen und Schliffen vermieden werden könne. Trotzdem steige derselbe beständig. Um nun die damit beschäftigten Arbeiter noch mehr zu „interessieren“, werde für diese Arbeitsverrichtung eine Prämie von 3 M. die Woche gewährt, wenn kein Stück verdröhrt werde. Der die Woche ein Stück verdröhe, erhalte 2 M., wer in der Schicht mehr als ein Stück verdröhe, müsse für jedes Stück 1 M. Schadenersatz bezahlen. Wer zum Schaden seiner Mitarbeiter oder der Firma unlautere Manipulationen vornehme, werde bestraft oder entlassen. Die Strafe betrage mindestens 10 M. und stehe in die Arbeiter-Unterstützungskasse. Wer der Firma eine Unlauterkeit eines Arbeiters in dieser Beziehung einwandfrei melde, erhalte eine Belohnung, unter der Zusage, daß sein Name nicht genannt werde. Dieser Anschlag hatte zur Folge, daß die Kollegen die Prämie zurückwiesen. Jedoch ist die ganze Angelegenheit durch eine Anstipulation zwischen dem Firmeninhaber Herrn Karl Reichstein und dem Bevollmächtigten unseres Verbandes geregelt worden. — Eine andere Firma, Gebr. Niemann, packt etwas größer an. Bei den Formern und Drehern ist mit Abzügen nichts zu machen, sie werden sich aber Abzüge müssen unter allen Umständen gemacht werden, weil, wie der Firmeninhaber sagt, ihm ebenfalls Abzüge gemacht worden seien. Als „unglücklichen Gegenstand“ suchte man sich die „faulen“ Gussstücke heraus. Bereits im November 1911 war Streit mit den Putzern ausgebrochen, jedoch durch eine Verhandlung erledigt worden. Demals wurde festgelegt, daß die Putzer für ein kleines Stück

eines bestimmten Gegenstandes 4/2 und für ein großes 11 1/2 erhalten sollen. Damit ist es eines Weile gut gegangen. Auf einmal aber verdient die Puder wieder „zu viel“. Es wurde ihnen bekannt gegeben, daß sie nur noch die Hälfte bekämen. Wie der Geschäftsführer oder Betriebsführer der Firma ausgerechnet hatte, machte der Abzug auf zirka 14 Puder 6 A. aus. Wiederum fand zwischen dem Organisationsvertreter und der Firma eine Verhandlung statt, die wie das Spornberger Schießen verlief. Der Betriebsführer wunderte sich sogar über die „unpatriotischen“ Gruppierer, die sich nicht einmal für das Vaterland 6 A. abziehen lassen wollen. Der gute Mann hatte gar nicht daran gedacht, daß er seiner Vaterlandsliebe damit den schlechtesten Dienst erwiesen hatte, denn wer Arbeitern 6 A. abzieht, um sie selbst einzuführen, hat doch wahrhaftig kein Recht, von Vaterlandsliebe zu reden. Die Abzüge waren ungerecht. Die Puder sind nun aber wieder als gute Patrioten anerkannt, denn sie haben sich schließlich den Abzug gefallen lassen. — Die Firma E. F. Richter (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik) hat eine Gießerei gebaut und eingerichtet. Dem Unternehmer scheinen es die Kernmacher angetan zu haben, denn seit einigen Wochen sind dort Arbeiterinnen mit dem Kernmachen tätig, obwohl arbeitslose Männer genügend herumlaufen. Es steht durch diese Staatsaufträge den Fabrikanten doch ein reichlicher Segen zu und wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir behaupten, daß die Regierung bei der Vergebung der Arbeit nicht allein an die Fabrikanten, sondern auch an die Arbeiter gedacht hat. Während des Krieges haben die Organisationen der deutschen Arbeiterschaft manches mit Stillschweigen übergegangen, immer von dem Gedanken sich leiten lassend, „wahre den Burgfrieden“. Ob es aber möglich ist, angesichts der hier geschilderten Vorgänge noch weiter ruhig zuzusehen, wagen wir zu bezweifeln. Nicht an den Arbeitern liegt es, wenn der Unfriede sich Bahn bricht, sondern an den Fabrikanten, die jeden Verdienst, und sei er noch so niedrig, stets als zu hoch verschätzen. Bei ihnen selbst aber gibt es keine Höchstgrenze. — Zum Schluß sei eines Betriebes gedacht, der ebenfalls die Zeit des Krieges dazu benützt hat, den Arbeitern den Vorkurs höher zu hängen; es ist das hiesige Elektrizitätswerk. Vor dem 1. Januar, also als Neujahrsbescheid, wurde den Arbeitern des Wertes bekannt gegeben, daß der Betriebslohn ab der Ueberstundenzahlung von 15 und 30 Prozent nicht mehr gezahlt würde. Die Lohnzahlungsfunde am Schluß der Arbeitszeit wurde den Leuten bis dahin als Lohnfunde vergütet, auch diese Vergütung fällt fort. Die Sonntagsarbeit wurde mit 30 Prozent vergütet, jetzt nur noch mit 25. Würden die Arbeiter dieses Betriebes begriffen haben, daß solchen Abzügen nicht mit Mittelschritten, sondern nur mit einer geschlossenen Organisation zu begegnen sei, dann würden sie sich und ihren Familien den besten Dienst leisten. Solange sie dieses nicht begreifen, brauchen sie sich nicht zu wundern, wenn ihr Direktor ihnen noch „Geburtsstagsgeschenke“ gleicher Art zukommen läßt.

Hanau a. M. In der am 14. Februar abgehaltenen Versammlung unserer Verwaltungskasse wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen: 1. Die heutige Versammlung der Metallarbeiter Hanau gibt mit Bedauern ihre Entrüstung darüber kund, daß die hiesigen Unternehmer der Gold- und Silberindustrie mit ganz einzelnen Ausnahmen sich während der schweren Kriegszeit nicht um das Wohl ihrer Arbeiter gekümmert haben. Die Unternehmer haben jede Gelegenheit vernachlässigt, ihren Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen und zuletzt das Anerbieten des Metallarbeiterverbandes, gemeinsam mit ihm für die Arbeiter Arbeitsgelegenheit zu verschaffen zu suchen, strikte abgelehnt. Durch das nun seit Kriegsausbruch fast vollständige Stilllegen der Gold- und Silbergeschäfte in Hanau hat die Arbeiterschaft aufs Schmerzlichste zu leiden. Ebenso wird durch das vollständige Versagen dieser Unternehmer der Hanauer Gold- und Silberindustrie schwerer Schaden zugefügt. Die Schuld für die traurigen Zustände tragen nur die Unternehmer, die in größter Kurzsichtigkeit nur an ihren Profit und ihre Geldinteressen denken. 2. Die Mitgliederversammlung der Verwaltungskasse Hanau a. M. bedauert außerordentlich, daß die Haltung der Metallarbeiter-Zeitung während des Krieges zu Klagen Anlaß gibt. Besonders ist die Artikelserie des Kollegen Fritz Kummer über: „Der Krieg, die Internationale und wir“, in keiner Weise geeignet, Aufklärung über die Ursachen des Krieges zu schaffen. Wenn Fritz Kummer schreibt, daß man in früheren Jahren zu viel unsere ähndende Kritik an den Zuständen in Deutschland angelegt hätte und dadurch im Ausland eine falsche Meinung über unsere Verhältnisse aufkommen ließ und daß unsere Kritik zu viel auf Verneinung gestimmt gewesen sei, so erklären die Besammelten, daß unsere Arbeit und Kritik seitens der gesamten Arbeiterbewegung in früheren Jahren voll und berechtigt gewesen ist und bedauern, daß eine so wichtige Frage so oberflächlich und einseitig in unserem Fachblatt behandelt wurde, die eine Beschimpfung unserer Arbeitsbrüder in den kriegführenden Ländern darstellt. Die Arbeiter aller Länder wissen, daß dieser Krieg von den Imperialisten aller Länder durch ihre verkehrte Wirtschaft- und Auslandspolitik hervorgerufen ist und die Arbeiter keines Landes denselben gewollt haben. Deshalb ist es bedauerlich, daß man die Schuld nur allein den anderen Völkern zuschiebt und die Politik unserer Imperialisten und Kapitalisten zu beschönigen sucht. Die Besammelten weisen dies ganz entschieden zurück. Die Aufgabe aller Volksschichten muß es jetzt sein, dem schrecklichen Krieg ein Ende zu machen und einen von jedem ersehnten Frieden herbeiführen zu helfen.

Anmerkung der Schriftleitung. Also die „Haltung der Metallarbeiter-Zeitung während des Krieges“ gefällt den Hanauer Kollegen, die der Resolution Nr. 2 zustimmen, nicht. Leider lassen sie uns im unklaren darüber, was denn eigentlich an dieser „Haltung“ ihr Mißfallen erregt. Wir können nach dem Wortlaut der Resolution doch nicht annehmen, daß es nur die Aufnahme der Arbeit des Kollegen Kummer ist, die sie ihren Beschluß fassen ließ. Was Kummer Ausführungen selbst betrifft, so lag für uns gar kein Grund vor, ihre Aufnahme abzulehnen, denn sie enthalten nicht das, was der Verfasser der Hanauer Resolution behauptet. Um hier nur eines hervorzuheben: Wo ist darin die Beschimpfung unserer Arbeitsbrüder in den kriegführenden Ländern? (Zu welchen Ländern, nebenbei gesagt, auch Deutschland gehört!) Kummer sagt eben, was er im Ausland erlebt und beobachtet hat. Wenn die Hanauer Versammlung nun schon glaubt, in Entrüstung machen zu müssen, so hätte sie dafür bei einigem guten Willen geeignetere Gegenstände in den Auslassungen ausländischer Arbeiterführer und Arbeiterzeitungen finden können, durch die die deutsche Arbeiterbewegung tatsächlich beschimpft und verdächtigt worden ist. Wer oberflächlich und einseitig urteilt, ist danach leicht zu erkennen. Kurz: die Hanauer Kollegen, die der Resolution zustimmen, meinen es gewiss gut, aber sie waren über Berlin.

Verbau. In der Generalversammlung unserer Verwaltungskasse erstattete Kollege Göpner den Geschäftsbericht für 1914. Der Anfang des Jahres 1914 stand auch für die Metallarbeiter Verbände unter dem Zeichen der Wirtschaftskrise. In den meisten der Betriebe war die Arbeitsgelegenheit schlecht. Feiertagsschichten, verkürzte Arbeitszeit bis auf wenige Stunden des Tages und Entlassungen waren die üblichen unangenehmen Folgen für die Arbeiterschaft. Im zweiten Vierteljahr schien es, als sollte sich die Arbeitsgelegenheit etwas beleben. Diese Hoffnung wurde durch die politischen Ereignisse jäh unterbrochen. Durch den Ausbruch des Krieges gerieten dann auch sämtliche Betriebe, außer der Sächsischen Waggonfabrik, die vollumfänglich beschäftigt war, ins Stocken. Ein Teil der Betriebsunternehmer ging in der ersten Bestürzung dazu über, sämtliche Arbeiter zu entlassen und die Betriebe zu schließen, andere ließen nur wenige Tage in der Woche, dazu noch verkürzt, arbeiten. Dadurch schmolz die Arbeitslosigkeit schnell an. Nachdem die erste Bestürzung vorüber und ein großer Teil Arbeiter zu den Fahnen einberufen war, zeigte es sich, daß man mit den Betriebsführungen doch etwas überlistig gehandelt hatte. Ging man, daß durch Kriegsaufträge die Arbeitsgelegenheit sich häufig und daher versucht werden mußte, Arbeiter von außerhalb heranzuziehen, da inzwischen ein großer Teil der hiesigen Arbeiter arbeitslos war und an anderen Orten Lohnende Beschäftigung gefunden hatte. Heute wird in fast allen Betrieben mit Überstunden und in Beschäftigung gearbeitet; einzelnen Betrieben ist es teilweise gar nicht möglich, die notwendigen Arbeitskräfte zu bekommen. In dieser

Lage mußten wir uns darauf beschränken, irgend welche Versuche, die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern, abzuwehren. Eingeleitete Bewegungen ließen wir wegen des Kriegsausbruchs ruhen. Leider ist festzustellen, daß wir auch später noch gezwungen waren, da und dort selbständig einzugreifen. Die Mitgliederzahl hatte unter den wechselnden Wirkungen ebenfalls zu leiden; vorhanden waren am Jahresschluß 682 Mitglieder, einberufen zum Militär wurden 418. Von den Einberufenen hatten am Jahreschluß 24 Kollegen den Lob auf den Schlachtfeldern gefunden. Infolge des Fortganges des seitherigen Geschäftsführers mußte dieser Posten neu besetzt werden. Der neue Geschäftsführer wurde aber bald nach seiner Anstellung zu den Fahnen einberufen. Die Familien der im Felde stehenden Kollegen erhielten eine Weihnachtshilfszahlung, die zusammen 2015,50 M betrug. Zu diesem Zweck wurden der Verwaltungskasse 1000 M vom Hauptvorstand zugewiesen. In Frage kamen 268 Frauen mit 428 Kindern.

Schmiede.

Berlin. Die bei den Innungsmeistern beschäftigten Schmiede hatten am 26. Januar die Kündigung ihres Tarifs beschlossen. Die Branchenkommission hat nun gemeinsam mit dem Geldeauschuß einen neuen Tarifentwurf ausgearbeitet, dem die Branchenversammlung am 17. Februar zustimmte. Der Entwurf wird dem Innungsvorstand eingereicht werden. Hinsichtlich der Arbeitszeit enthält der Entwurf keine Änderung des alten Tarifs, der die neunstündige Arbeitszeit vorsieht. Dagegen wird eine Erhöhung der bisherigen Lohnsätze gefordert. Im Entwurf werden folgende Mindestlöhne aufgestellt: Schürmeister 85 %, Feilbänne und Beschlagschmiede 75 %, Stoch- und Beschlagschmiede 70 %, Stochgesellen 65 % pro Stunde. Für Überstunden, die nur in dringenden Notfällen zulässig sind, soll ein Aufschlag von 20 % gezahlt werden. Ferner wird im Entwurf gefordert, daß der Arbeiternachweis gemeinsam von der Innung und vom Deutschen Metallarbeiter-Verband unterhalten und verwaltet wird. Die Aufsicht über den Arbeiternachweis soll die Schlichtungskommission führen, die auch für die Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag zuständig sein soll. Der Tarif soll auf zwei Jahre abgeschlossen werden.

Rundschau.

Erhöhung der Kartoffelpreise.

Die Beschlagnahme des Brotgetreides hat, wie bekannt, im deutschen Volke Befriedigung hervorgerufen. Man bedauerte nur, daß die Regierung nicht schon früher so vorgegangen ist und fordert daß die Beschlagnahme so schnell wie möglich auch auf die Kartoffeln ausgedehnt werde, damit die in Deutschland leider immer noch vorhandenen Lebensmittelbewerber sich nicht nunmehr dieses wichtigen Nahrungsmittels bemächtigen können. Auf dem öffentlichen Markte waren die Kartoffeln schon sehr knapp und am schlimmsten wurden wieder die Armlen der Armen getroffen, die die Kartoffeln nicht zentnerweise beziehen können, sondern sie beim Kleinhändler pfundweise kaufen müssen. Obgleich genügend Kartoffeln vorhanden sind und die Preise höher waren als früher, so hielten die Landwirte sie doch zurück, wie man sagte, weil es für sie vorteilhafter sei, die Kartoffeln ans Vieh zu verfüttern.

Bedauerlich ist es nun, daß die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, die Höchstpreise für den Zentner Kartoffeln um 1,75 M zu erhöhen. Das trifft wieder den ärmsten Teil der Bevölkerung besonders schwer und es sieht bis jetzt noch gar nicht einmal danach aus, daß die Preisserhöhung die Kartoffelbesitzer veranlaßt, mehr von ihrem Reichtum herauszugeben. Diese Gemütsmenschen rechnen eben auf noch höhere Preise und sie lassen die Kartoffeln lieber verfaulen und verkaufen, ehe sie sich mit etwas geringerem Gewinn begnügen. Ausländische sozialistische Blätter haben sich schon seit Monaten berichtigt lassen, daß unter der deutschen Arbeiterschaft eine Stimmung gegen die Fortführung des Krieges im Wachsen sei. Wir wissen ja, daß diese Mitteilungen lediglich der ungewöhnlich großen Einbindungskraft ihrer Urheber entsprungen sind, daß bei diesen Leuten nur der Wunsch der Vater des Gedankens war; ebenso gewiß ist aber auch, daß die von unseren Feinden so sehnlich gewünschte Anzuehrlichkeit einreißer kann, wenn die in diesem Kriege nun einmal nicht ganz vermeidbare Erhöhung der Lebensmittelpreise dadurch noch gesteigert wird, daß die Regierung der Ausnützung der Notlage der Bevölkerung nicht mit allen verfügbaren Mitteln entgegentritt. In vielen Großstädten haben schon öffentliche Versammlungen stattgefunden, die sich mit der Ernährungsfrage beschäftigten und immer lauter erhebt sich der Ruf nach der Beschlagnahme der Kartoffelvorräte. Diese wird zunächst notwendig sein, um den schändlichen Ausnützerplan der britischen Regierung zunichte zu machen. Zwangsmaßnahmen müssen schon eintreten, denn, wie die Erfahrung zeigt, ist von dem guten Willen der Agrarier nicht viel zu erwarten.

Kriegs-Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe.

Der Präsident des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat auf die Eingabe des Zentralauschusses vom 22. Dezember 1914 folgende Antwort erteilt:

„Seitens der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sind bisher monatlich mehrere Millionen für Hypotheken ausgegeben worden. Auch für die kommenden Monate sind Millionenbeträge zur Auszahlung vorgeemittelt. Sobald die Höhe der Beitragsentgelte es zuläßt, wird auch der Beleihungstätigkeit wieder in entsprechend größerem Umfang nähergetreten werden können.“

Ferner ist den preussischen Bezirksausschüssen empfohlen worden, den in ihrem Gebiet befindlichen Kriegskreditkassen durch Eingaben nachzugehen, Gelder zu günstigen Bedingungen auch als Baugelder oder Hypotheken auszuliehen und dadurch mit zu der so dringenden notwendigen Behebung der privaten Bautätigkeit beizutragen. Wenn die Satzungen der Banken das nicht ohne weiteres zulassen, so ist um Abänderung der Satzungen zu bitten, und zwar auch bei den Stadtverwaltungen, die fast überall einen großen Teil des Aktienkapitals gestellt haben. Die Reichsbank hat bekanntlich den Kriegskreditbanken sehr hohe Kredite zugeteilt.

Außerdem hat der Zentralauschuß beim Reichsjustizrat beantragt, einige das Baugewerbe besonders schädigende Mängel der Hypothekeneintragung, die das Vertrauen der kapitalstärkigen Kreise zu der Anlage von Geldern in Hypotheken vollständig erschüttert haben, durch Kriegsverordnung zu beseitigen. Da diese Angelegenheit voraussichtlich in den Vorbesprechungen der Regierung mit den Fraktionsvorständen des Reichstags erörtert wird, empfiehlt es sich, die den Mitgliedern der Bezirksausschüsse der Kriegs-Arbeitsgemeinschaft nahestehenden Reichstagsabgeordneten um Unterstützung des Antrags zu bitten.

Feldpostbrief.

Ein Verbandskollege, der bei einer leichten Munitionskolonne steht, sandte dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes unter anderem folgenden Brief:

(G. K. G.), den 1. 2. 15.

Werte Kollegen und Genossen!

Heute, am 1. 2. 15, haben wir das erste Quartier seit dem 21. 1. 15.

Es ist nicht zu schildern, wie die Russen gehauft haben. Solche Bilder der Zertrümmerung habe ich noch nicht gesehen. wenn wir Kameraden uns unterhalten, ist es nur ein Wort und Gedanke: „Ein Glück, daß die Russen nicht in Deutschland hineinkönnen.“ Heute habe ich auch meine Metallarbeiter-Zeitung

Nr. 1 und 2 von meiner lieben Frau bekommen und es ist für mich eine Freude, wenn ich sehe, daß unsere Organisation noch fest geknüpft in dieser schweren Zeit dasteht. Nur bedaure ich lebhaft, daß es in dieser Zeit noch Kollegen gibt, die die Fahnenflucht ergreifen. Wir sind etwa 20 Metallarbeiter hier bei unserer Truppe, und wenn ich die Zeitung gelesen habe, so geht sie zu jedem Kollegen und wir sind stolz darauf, daß unsere Organisation für unsere arbeitslosen Kollegen in der Heimat so hervorragendes geleistet hat. Aber auch die Verwaltungskasse haben zum Feste der Liebe (Weihnachten) unserer und der Familien gedacht. Habe ich doch selbst von meinen Kollegen in Bochum ein Präsentisches bekommen und soeben habe ich von meiner lieben Frau und Kindern die Nachricht erhalten, daß auch die Verwaltungskasse Bochum ihrer Gedacht hat. Wir hier im Felde stehen fest und treu zu unserer Organisation. Haben wir in wirtschaftlichen Kämpfen zu siegen verstanden, so verläßt uns auch in diesem blutigen Völkerringen nicht die Zuversicht, siegreich hervorzugehen. Würden alle die Wankelmütigen, die in einer schwachen Stunde unserer Organisation den Rücken kehren, sich nur ein wenig bemüht werden, welchen Kampf wir hier zu führen haben und trotzdem unsere Ziele nicht untreu werden. Sie müssen sich schämen, vor uns hinzutreten, wenn wir wieder zu Hause sind und für unsere Organisation werben, wenn sie bekennen müssen, daß sie uns untreu geworden sind während des Kampfes, den wir auf blutigen Schlachtfeldern geführt haben, auch für sie und die Ihrigen. Die harten Entbehrungen, die wir in Rußland zu erdulden haben, sie werden von uns organisierten Kollegen weit leichter ertragen als von den Kameraden, die den Gedanken der Solidarität nicht kennen und auch die Disziplin der gewerkschaftlichen Schulung nicht durchgemacht haben. Wir, die wir bei wirtschaftlichen Kämpfen verstanden haben, Kriegsbewehrung zu leiden, wir ertragen die härteren Strapazen des Kampfes leichter als die, die mit uns kämpfen und keiner Organisation angehören. Das merkt man bei jeder Gelegenheit. Auch habe ich die Überzeugung, daß, wenn der Krieg vorbei ist, wir manchen dieser Kameraden für uns gewinnen können, denn auch sie sind erklaut, wie unsere Organisation finanziell solches hat leisten können und manches anerkennende Wort ist schon über den Deutschen Metallarbeiter-Verband gefallen. Es sind alles Kameraden bei uns aus der westfälischen Großindustrie. Nun, ich hoffe, daß unsere Kollegen an unserem herrlichen Werke mehr denn je weiterbauen und wenn wir erst in die Heimat zurückkehren, eine wohl an Mitgliederzahl schwächere Organisation vorfinden, aber mit um so mehr Kampfesgeist und Selbstvertrauen auf unser Werk zurückblicken können, um dann mit vereinten Kräften für unsere Sache weiterzuarbeiten, um die Wunden des Krieges so bald wie möglich wieder zu heilen, die dieser Völkerverbrand uns zugefügt hat und um so fester müssen unsere Kollegen in der Heimat zu ihr stehen. Unseres Kollegen Kummer's Artikel haben wohl viel Staub in unserer Parteipresse aufgewirbelt, aber mir hat er in diesen Artikeln aus dem Herzen gesprochen und teile Ihnen meinen Beifall hierz mit.

Mit kollegialem Gruß
H. L., Wehrmann.

Eine Erklärung des Genossen Kautsky.

Genosse Kautsky veröffentlicht in Nr. 20 der Neuen Zeit eine umfangreiche Erklärung, die sich in der Hauptsache gegen Ausführungen des Genossen Konrad Haenisch in Hamburger Echo wendet. Soweit dieser es für nötig hält, wird er selber imstande sein, dem Genossen Kautsky zu antworten. Auch beabsichtigen wir nicht, uns mit dem eigentlichen Streitgegenstand zu befassen. Was uns veranlaßt, die Erklärung Kautskys hier zu erwähnen, ist folgende Bemerkung:

„Nicht minder wichtig erschien es mir, die Genossen zur Toleranz zu mahnen — dem Beispiele folgend, das Liebknecht 1870 gegeben. Natürlich ist sie den auswärtigen Genossen gegenüber heute noch mehr geboten, als gegenüber denen im Inland. Seine können auf Angriffe noch weniger selbst antworten, können falsche Darlegungen noch weniger selbst richtigstellen als diese.“

Es sollte dem Genossen Kautsky nicht unbekannt sein, daß die vereinzelt Bemerkungen gegen ausländische Genossen in der deutschen Arbeiterpresse in der Hauptsache weiter nichts waren als Erwiderungen auf Angriffe von jenen Genossen. Kautskys Mahnung zur Nachsicht gegen die ausländischen Genossen liegt sich sehr schön; es wäre aber besser, wenn der Genosse Kautsky seine internationalen Verbindungen benutzte, um den Genossen Vaillant, Branting, Spindman, Grimm und anderen Mahnung zu empfehlen und dafür einzutreten, daß in der Humanität, im Daily Citizen, im Socialdemokraten (Stockholm), in der Berner Tagwacht, in der New Yorker Volkszeitung u. s. w. eine anständigere Schreibweise gegen uns geübt werde.

Vom Ausland.

Schweiz.

Der Schweizerische Metallarbeiter-Verband wird am 23. 24. und 25. April im Volkshaus zu Bern seinen 19. Kongress abhalten. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Vereinigung mit dem Ulgrenarbeiterverband und die Gründung einer Alters- und Invalidenkasse und einer Unfallkasse als Ergänzung zur staatlichen Unfallversicherung.

Frankreich.

wd. In Nr. 53 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre berichteten wir über eine Entschlebung der Konföderation der Arbeit an das Arbeitsministerium zur Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern für die Dauer des Krieges. Diese Anregung soll, wie wir der Humanité vom 9. Februar entnehmen, nunmehr zur Ausführung gelangen, wenn auch nicht ganz in der Weise, wie es die Hauptstelle der französischen Gewerkschaften wünschte.

Das Arbeitsministerium stellt in seinem Rundschreiben an die Departementspräsidenten zuerst fest, daß es von Kriegsbeginn an mit dem obersten Arbeitsrate in steter Verbindung geblieben ist; daß es amtliche Untersuchungen über die Mittel zur Neuregelung des industriellen Lebens angestellt hat, und weiter zur Verzierung und Zembörung der Arbeitslosigkeit tätig war. Jetzt sei nun notwendig, daß diese Tätigkeit der Hauptstelle in ähnlichem Sinne auch in den einzelnen Regierungsbezirken mit Hilfe von Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen durchgeführt werde. Die auszubildenden Ausschüsse sollen sich grundsätzlich aus der gleichen Anzahl von Arbeiter- und Unternehmervertretern zusammensetzen, denen einzelne befähigte Personen, die weder der einen noch der andern Gruppe angehören, angegliedert werden können. Den Vorsitz führt ein Regierungsvertreter.

Aufgabe der Ausschüsse ist es, für jede Industrie und jeden Bezirk vorläufige Vorschläge zu machen zur Verbesserung des regelmäßigen wirtschaftlichen Lebens. Sie sollen weiter die Zuführung von Arbeitskräften veranlassen, Koststoffe zuführen und für die notwendigen Absatzgebiete der geschaffenen Ware sorgen. Für die Arbeitsvermittlung sollen vor allem Arbeitsnachweise für jeden Regierungsbezirk geschaffen werden, die enge Fühlung mit den städtischen Arbeitsnachweisen und den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen behalten. Außer diesen unmittelbar zu lösenden Fragen sollen sich die Ausschüsse aber auch mit der Schulungsfrage befassen, um genügend geübte Arbeiter nach dem Kriege zu haben. Zu diesem Zweck sollen in den Bezirken, die jetzt mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten, gemeinnützige Unterrichtskurse die theoretische Ausbildung fördern. Auf diese Weise sei es auch möglich, „eine größere Anzahl Kinder zu beschäftigen“.

* Der Krieg, die Internationale und wir.

